



Für eine Digitale Zeitenwende im Freistaat

15 Bitkom Prioritäten zur Landtagswahl in Bayern

Herausgeber

Bitkom e. V.
Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartnerin

Sophie Vogt-Hohenlinde | Bitkom e. V.
T 030 27 576-147 | s.vogt-hohenlinde@bitkom.org

Layout

Katrin Krause | Bitkom e. V.

Titelbild

© David Sjunnesson – unsplash.com

Copyright

Bitkom 2023

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Für eine Digitale Zeitenwende im Freistaat

Ob »Bits & Pretzels« oder »Laptop und Lederhose« – Bayern ist ein starker Digitalstandort. Im bundesweiten Vergleich gibt es hier absolut gesehen die meisten IT-Spezialistinnen und -Spezialisten und 20 Prozent der deutschen IT-Fachkräfte arbeiten im Freistaat. Ausgehend von Leuchtturm-Initiativen wie dem Gründerzentrum »Unternehmertum« hat sich ein lebendiges Startup-Ökosystem im Land entwickelt. In Bayern findet Digitalisierung in großen Konzernen ebenso wie in jungen, besonders innovativen Unternehmen statt.

Digitalisierung ist zudem auch eine Priorität der Staatsregierung: Mit dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales wurde das bundesweit erste eigenständige Digitalministerium auf Landesebene geschaffen. Mit dem Digitalbudget wurde ein wirksamer Hebel geschaffen, um digitale Projekte ressortübergreifend voranzutreiben. Das Digitalgesetz ist der Versuch, rechtliche Leitplanken für die Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen. Diese Ansätze müssen auch in der neuen Legislaturperiode weiterverfolgt und ausgebaut werden – es darf kein Flickenteppich der Zuständigkeiten entstehen. Vielmehr sollte das Digitalministerium gestärkt werden und beispielsweise ein verbindliches Initiativrecht für digitalpolitische Vorschläge sowie weitere Zuständigkeiten erhalten, z. B. für die digitale Infrastruktur. Wichtig ist, dass alle Ressorts in digitalpolitischen Fragen an einem Strang ziehen, dem Digitalministerium dabei eine führende Rolle zubilligen und schnell Ergebnisse liefern.

Grundsätzlich gilt: Der Staat ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen da. Deshalb muss er – auch im Föderalismus – für eine erfolgreiche Digitalisierung sorgen. Eine Vielfalt von Lösungen, etwa bei der Verwaltungsdigitalisierung oder beim Datenschutz, ist keine Stärke, sondern oft sogar kontraproduktiv. Da Deutschland gerade bei der Verwaltungsdigitalisierung alles andere als Vorreiter ist, braucht es mehr Kooperationsbereitschaft in allen Ländern – auch in Bayern. Wir begrüßen daher, dass sich Bayern gemeinsam mit anderen Ländern für eine Stärkung des Digitalministerstreffens (D16) einsetzt und diese zu einer echten Fachministerkonferenz mit entsprechenden Kompetenzen aufgewertet wird.

Im Digitalen endlich aus dem Mittelmaß herauszukommen, den Anspruch zu haben, Technologieführer zu sein – das ist kein Selbstzweck. Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen und viele Bereiche der Gesellschaft müssen digital besser aufgestellt werden, um für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein. Länder wie Bayern können dabei zu digitalen Leitregionen werden, in denen sich die Landesregierung für eine echte digitale Zeitenwende einsetzt. Die kommende Staatsregierung muss jetzt die richtigen digitalpolitischen Weichen stellen: Wie und mit welchen Maßnahmen bauen wir Bayern als starken Digitalstandort weiter aus? Dazu schlagen wir im Folgenden 15 digitalpolitische Schwerpunkte für den Freistaat vor: Von digitaler Bildung über IT-Fachkräfte und Startup-Förderung bis hin zu einer wettbewerbsfähigen digitalen Infrastruktur – es gibt viel zu tun für ein digitales Bayern.

Fünfzehn Prioritäten für ein digitales Bayern

1. Digitale Infrastruktur zielgerichtet ausbauen

Eine starke digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für Bayerns Wirtschaft und gleichwertige Lebensverhältnisse im Land. Um die Potenziale der Digitalisierung zu heben, sind leistungsstarke Netze im Mobilfunk und Festnetz erforderlich. Der Pakt Digitale Infrastruktur schafft dafür die Voraussetzungen. Der Freistaat hat sich damit gleichzeitig sehr ambitionierte Ausbauziele gesetzt: Bis 2025 soll eine gigabitfähige Glasfaserinfrastruktur bis in die Gebäude zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund begrenzter Baukapazitäten kann es schwierig werden, bayernweit gigabitfähige Netze bis dahin zu gewährleisten. Breitbandinternet über Satelliten oder Mobilfunk kann dann eine Alternative zum Festnetzanschluss sein. Der Freistaat hat außerdem bereits Erleichterungen für den Ausbau digitaler Infrastrukturen auf den Weg gebracht – es bestehen aber weitere Beschleunigungspotenziale, wie der Entfall von Abstandsflächen bei Masten im Außenbereich oder eine Verkürzung der Frist bis zum Eintritt der Genehmigungsfiktion bei Bauanträgen auf drei Monate. Entscheidend für einen effizienten Ausbau glasfaserbasierter Netze ist zudem, dass die Fördermaßnahmen nicht in Konkurrenz zum privatwirtschaftlichen Ausbau treten. Staatliche Hilfen müssen sich auf jene Gebiete beschränken, für die mittel- bis langfristig kein privatwirtschaftliches Erschließungspotenzial besteht.

2. Booster für die digitale Bildung

Bayern sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und noch stärker in orts- und zeitunabhängiges Lernen, auf Künstliche Intelligenz (KI) basierende Lehr- und Lernprogramme und die Stärkung von Future Skills investieren. Für die Digitalisierung von Schule und zum Abbau ineffizienter Parallelstrukturen in Deutschland braucht es zudem mehr länderübergreifende Zusammenarbeit und bundesweit einheitliche Mindeststandards technischer Art. Mehr Tempo ist auch beim Mittelabfluss aus dem DigitalPakt Schule nötig: Bayern liegt hier mit 11,9 Prozent bundesweit auf einem der letzten Plätze. Hier gilt es insbesondere, bürokratische und praktische Hemmnisse in der Beantragung der Fördergelder in Abstimmung mit den Kommunen und Schulträgern zu beseitigen. Die Verhandlungen über einen Digitalpakt 2.0 mit erweitertem Förderrahmen und dessen Einbettung in die bayerische Förderlandschaft müssen priorisiert und mit Tempo vorangetrieben werden – für Schulen und Schulträger drohen ohne die versprochene Anschlussfinanzierung finanzielle Unsicherheit und erneuter Stillstand für die digitale Bildung. Zudem sollte Bayern seine zentrale Rolle nutzen, um sich für eine nachhaltige Nutzung der zur Verfügung stehenden Fördermittel einzusetzen, z. B. durch die Einführung bundesweit einheitlicher Mindeststandards technischer Natur. In der Hochschulpolitik geht Bayern mit der »Innovationsallianz Hochschule 4.0« bereits vorbildlich voran. Diese gemeinsame Prioritätensetzung für eine innovative Hochschulentwicklung im digitalen Zeitalter sollte auch in der neuen Legislaturperiode festgeschrieben werden, um die Finanzierung langfristig zu sichern.

3. Bayern als nachhaltigen Rechenzentrumsstandort stärken

Rechenzentren sind für die Digitalisierung und die digitale Souveränität in Deutschland unerlässlich. In der bayrischen Digitalstrategie wurde dies erkannt: Förderprogramme, Reallabore, Sandboxes sowie ein Bavarian Green Data Center als Modellprojekt sind wichtige Schritte auf dem Weg zu wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Rechenzentren. Damit Bayern jedoch zu einem führenden Rechenzentrumsstandort werden kann, muss auch die im internationalen Vergleich hohe bürokratische Belastung gesenkt werden: Kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen digitalisiert, beschleunigt und vereinheitlicht werden. Hierfür wäre ein vollständig digitales Antragsverfahren inklusive einer Standardisierung der Dokumente eine erste wichtige Maßnahme. Um die richtigen Voraussetzungen für eine sinnvolle Abwärmennutzung zu schaffen, muss die kommunale Wärmeplanung weiter vorangetrieben werden. Zusätzlich bedarf es einer besseren Vernetzung mit kommunalen Wärmenetzbetreibern, um sinnvolle Abwärmeprojekte umsetzen zu können.

4. Smart City & Smart Regions skalieren

Zur Stärkung der bayerischen Smart City & Smart Region Angebote sollten insbesondere kleine Gemeinden und ländliche Regionen im Rahmen von Förderprogrammen unterstützt werden. Die Bereitstellung von Digitalisierungsleitfäden oder das Förderprogramm »Kommunal? Digital!« sind daher ein richtiger Schritt. Zukünftige Förderungen sollten insbesondere die Replizierbarkeit von digitalen Lösungen durch Kommunen fördern, die bisher keine Pilot- oder Modellkommunen waren. Auch die Themenplattform Smart Cities und Regionen der Bayern Innovation leistet einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und Information der vielen Kommunen. Dazu gehören auch Förderprogramme wie das neue »TwinBy«. Dennoch lohnt sich ein Blick über die Landesgrenzen hinaus, denn Kommunen und Landkreise agieren in einem System parallellaufender Angebote von Bund und Land. Die Staatsregierung sollte daher eine enge Kooperation mit den Smart City-Initiativen des Bundes und anderer Bundesländer eingehen, um Synergien und gemeinsame Erfahrungen von Angeboten zu nutzen und zu bündeln.

5. Startups in Bayern: Aus Einhörnern Global Player machen

Startup-Hotspot mit internationaler Strahlkraft: Bayern bietet als starker Wirtschafts- und Forschungsstandort den optimalen Nährboden für neue, innovative Geschäftsmodelle. Besonders der Standort München hat sich in den letzten Jahren zu einem der attraktivsten Startup-Ökosysteme Europas entwickelt. Damit Bayern international weiterhin konkurrenzfähig bleibt, muss die Staatsregierung auch nach der Landtagswahl die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen verbessern. Zentral sind hierfür die Stärkung Bayerns als Anziehungspunkt für internationale Talente, die Fortsetzung erfolgreicher Gründungsförderprogramme, und das

Heben von Ausgründungspotenzialen an den bayerischen Hochschulen. Außerdem muss weiter dringend privates Wagniskapital in der Wachstumsphase von Startups mobilisiert werden. Wir fordern daher eine Aufstockung des Wachstumsfonds und ScaleUp-Fonds von Bayern Kapital.

6. Resiliente Verwaltung dank digitaler Technologien

Mit Initiativen wie dem »BayernPortal«, der »BayernApp« oder der »BayernCloud« wurden bereits wichtige Impulse zur Verwaltungsmodernisierung in Bayern gesetzt. Einige wichtige Verwaltungsleistungen sind in Bayern bereits online verfügbar, z. B. das Elterngeld, das Landespflegegeld oder das Gesundheitszeugnis. In Digitalen Innovationslaboren wurden Nutzerinnen und Nutzer frühzeitig in die Entwicklung digitaler Verwaltungsdienstleistungen eingebunden. Auch bei der Bereitstellung eines bundesweit einheitlichen Unternehmenskontos leistet Bayern einen wichtigen Beitrag. Der Weg zu einem resilienten und zukunftsfähigen Staat ist damit aber noch nicht zu Ende: Der Wandel muss tiefer gehen, Verwaltungsprozesse müssen grundlegend neu gedacht und ausgerichtet werden. Die verwaltungsinterne Prozessdigitalisierung muss schneller voranschreiten – auf der Basis von Referenzarchitekturen, Standards und offenen Schnittstellen, um die Interoperabilität von Lösungen zu ermöglichen. Ein offener Austausch zwischen den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen, der digitalen Wirtschaft und Verbrauchervertretern ist dabei ein zentraler Erfolgsfaktor. Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten von Zukunftstechnologien wie Blockchain genutzt werden, um z. B. durch Bereitstellung persönlicher Nachweise per App Dienstleistungen effizienter und sicherer anbieten zu können. Im Rahmen der Nachfolgeregelung eines Onlinezugangsgesetzes 2.0 braucht es zudem einen Rechtsanspruch auf zentrale digitale Verwaltungsleistungen – auch auf Landesebene. Darüber hinaus sollte sich Bayern insbesondere bei standardisierten Dienstleistungen wie der Kfz-Zulassung dafür einsetzen, dass diese im Sinne der »Dresdner Forderungen« künftig vom Bund bereitgestellt und betrieben werden. Die Kommunen, die die Hauptlast der Digitalisierung tragen, können sich dann auf die Verwaltungsprozesse konzentrieren, bei denen lokales Know-how gefragt ist, wie z. B. Baugenehmigungen. Generell muss die kommunale Ebene beim Rollout der Online-Zugangsgesetz-Leistungen (OZG) und bei der Digitalisierung ihrer internen Prozesse stärker unterstützt werden, auch finanziell.

7. GovTech-Lösungen für digitale Ämter nutzen

69 Prozent aller Startups in Deutschland bemühen sich aufgrund der Komplexität nicht um öffentliche Aufträge. Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an innovative Startups und Scaleups kann jedoch ein wichtiger Hebel sein, um die Digitalisierung der bayerischen Verwaltung und Kommunen weiter voranzutreiben und gleichzeitig junge Unternehmen in Bayern in ihrer Wachstumsphase zu unterstützen. Es gilt, die Vergabeordnung des Landes so anzupassen, dass Startups unkompliziert mit dem öffentlichen Sektor zusammenarbeiten können. Der im

Digitalplan Bayern vorgesehene Prüfauftrag zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Hinblick auf die Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen ist hierfür ein erster richtiger Schritt.

8. Ab in die Cloud: Nutzung in der Verwaltung steigern

Krisen wie die Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Verwaltungen jederzeit einen sicheren, mobilen und leistungsfähigen Zugang zu Daten und Verwaltungsdienstleistungen gewährleisten können. Eine zunehmend digitale Verwaltung ist auf eine zuverlässige und moderne IT-Infrastruktur angewiesen. Ein zentraler Vorteil von Cloud-Technologien ist die dezentrale und sichere Datenhaltung. Darüber hinaus ist die Nutzung von Cloud-Lösungen durch die Verwaltung eine Grundvoraussetzung, um softwarebasierte Innovationen im öffentlichen Sektor schnell nutzbar zu machen. Dadurch lässt sich das lokale GovTech-Ökosystem in Bayern fördern. Dabei bedarf es klarer und transparenter Kriterien für die Einbindung privater Anbieter beim Aufbau einer souveränen Verwaltungscloud im Sinne eines Multi-Cloud-Ansatzes. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Behörden zwischen verschiedenen Anbietern von Cloud-Lösungen wechseln können, um ungewollte Abhängigkeiten zu vermeiden (Multi-Anbieter-Cloud). Die Verwaltung muss für sich klar definieren, unter welchen Bedingungen Daten in die Cloud migriert werden können und welche Schutzniveaus für die einzelnen Datenkategorien gelten. Die hoheitliche Verwaltungscloud kann dabei die Koexistenz und Zusammenarbeit über Ressortgrenzen und föderale Ebenen hinweg ermöglichen. Außerdem müssen für die Verwaltung und die Anbieterseite sinnvolle Beschaffungswege definiert werden, die Vergaberecht und Nutzbarkeit angemessen verbinden.

9. New Mobility in Bayern fördern

Der Freistaat Bayern ist Heimat einer Vielzahl innovativer Mobilitätsanbieter. Die Position Bayerns als Mobilitätsstandort kann nur dann nachhaltig gesichert werden, wenn die neue Staatsregierung die vielfältigen Potenziale intelligenter und datengetriebener Mobilität nutzt, etwa durch eine beschleunigte Digitalisierung der digitalen Verkehrsinfrastruktur. Ein Schlüssel zur Stärkung nachhaltiger Mobilität ist zudem die praxisnahe Umsetzung der neuen bundesgesetzlichen Regelungen zum autonomen Fahren (Level-4-Gesetz) und die Förderung entsprechender Mobilitätsangebote. Für die bayerische Mobilität der Zukunft ist es zudem wichtig, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) neu und jenseits traditioneller Strukturen zu denken. Die digitale Vernetzung der Angebote öffentlicher und privater Mobilitätsdienstleister wird die Qualität und Vielfalt der Angebote sowohl im ländlichen Raum als auch in den Ballungsräumen erhöhen und den Menschen attraktive Mobilitätsoptionen bieten. Mit der Ende 2022 vorgestellten ÖPNV-Strategie 2030 wurde bereits ein Schritt in die richtige Richtung getan – nun gilt es für die neue Staatsregierung, die Absichten der Strategie mit Taten zu füllen.

10. KI: Made in Bavaria

Unter »biosphere – the Bavarian AI Network« bündelt das Land sein Ökosystem im Bereich Künstliche Intelligenz (KI). Das damit verbundene Ziel der wissenschaftlichen Exzellenz in der KI ist zu begrüßen und u. a. durch die Einrichtung neuer KI-Professuren im Rahmen der Hightech-Agenda sowie thematischer Knoten auf einem guten Weg. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft und die Förderung des Einsatzes von KI in der Praxis sollten ebenfalls im Fokus stehen. Mit Programmen wie »KI-Transfer Plus« werden hier konkrete Angebote geschaffen, die entlang der Bedarfe der Unternehmen weiterentwickelt werden sollten. Hierbei kann auch der KI-Rat als Gremium aus relevanten Expertinnen und Experten unterstützen. Es ist wichtig, dass die Politik auf seine Expertise zurückgreift, um die dynamischen Entwicklungen im Bereich KI optimal zu gestalten. Das Thema »KI für den Klimaschutz« ist ein zentrales Projekt des Digitalplans Bayern und greift die Herausforderung der ökologischen Transformation auf. Dabei spiegelt der Ansatz, sowohl KI für den Klimaschutz als auch die ökologische Dimension von KI selbst zu betrachten, die Komplexität des Themas wider und sollte weiterverfolgt werden.

11. Digitale, zukunftsfähige Weiterbildung ausbauen

Mit dem »Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0« haben sich Staatsregierung und Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft ambitionierte Ziele im Bereich Weiterbildung gesetzt, die insbesondere auf Digitalkompetenzen und Fachkräftesicherung in der IT-Branche einzahlen. Nach Auslauf der aktuellen Strategie sollte diese 2024 fortgeführt und geschärft werden. Das Portal »Komm Weiter in B@yern« setzt erste wichtige Impulse in der Übersichtlichkeit und Zugänglichkeit von Weiterbildungsangeboten und -förderung für alle Zielgruppen; ebenso der bayerische Bildungscheck. Darauf kann aufgebaut werden. In der Weiterentwicklung sollte ein besonderes Augenmerk auf die Sichtbarkeit der Maßnahmen und ihre Verankerung in der gesellschaftlichen Breite gelegt werden. Dabei ist es wichtig, dass mit den Angeboten auch Menschen erreicht werden, die sich nicht in der Ausbildung oder in einem mit Weiterbildungsangeboten verbundenen Arbeitsverhältnis befinden und, dass der Quereinstieg in digitale Berufe gezielt gefördert wird.

12. Alle mitnehmen: Digitale Teilhabe sicherstellen

Die gleichberechtigte Teilhabe an der Digitalisierung sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig bieten digitale Technologien die Chance auf mehr politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Alle Menschen im Freistaat sollen sich daher sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen können. Dazu bedarf es vielfältiger und niedrigschwelliger Maßnahmen für alle Bevölkerungsgruppen, vom Kita-Kind bis zu den Seniorinnen und Senioren, die von den Bürgerinnen und Bürgern auch aktiv genutzt werden. Der Freistaat ist mit seiner breiten Palette an Angeboten zur digitalen Teilhabe bereits gut aufgestellt – nun gilt es, Projekte wie die Digitalinitiative

»MuT 60+« oder die Anlaufstellen in den Kommunen im Rahmen von »Gemeinsam Digital« zu verstetigen, langfristig zu finanzieren und ihre Sichtbarkeit in der Breite der Gesellschaft zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist auch die Partnerschaft Bayerns im »DigitalPakt Alter« zu begrüßen, um die Angebote zur digitalen Teilhabe noch bekannter zu machen. Damit der Übergang zu einer vollständig digitalen Verwaltung erleichtert wird, sollten zudem speziell geschulte Verwaltungsmitarbeiter als »digitale Streetworker« digital weniger versierte Menschen bei digitalen Behördengängen unterstützen.

13. Potenziale von Open Data für die digitale Gesellschaft nutzen

Open Data, also die Bereitstellung frei zugänglicher Daten, kann die Effizienz der Verwaltung steigern, politische Entscheidungsprozesse verbessern und gleichzeitig ökonomische, ökologische und soziale Innovationen sowie gesellschaftliche Teilhabe fördern. Die Bayerische Staatsregierung sollte daher die systematische Erfassung, Aufbereitung und Veröffentlichung von Regierungs- und Verwaltungsdaten in maschinenlesbarer Form aktiv vorantreiben. Dazu gehört auch eine technische Infrastruktur, die eine standardisierte und interoperable Bereitstellung auf Basis einheitlicher Datenstandards ermöglicht. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Organisationen sollten ein explizites Recht auf die Nutzung von Verwaltungsdaten erhalten und im Zweifelsfall die Bereitstellung einklagen können. Auch eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft fördert eine innovative Datenkultur: Bildungsangebote und die Unterstützung von Open-Data-Initiativen stärken die Datenkompetenz der Bürgerinnen und Bürger.

14. Bayerische Sicherheitsbehörden digital zukunftsfest aufstellen

Die Bedrohung der Cybersicherheit nimmt zu, sowohl durch Kriminelle als auch durch staatlich gesteuerte Akteure aus dem Ausland. Die Digitalisierung der Sicherheitsbehörden selbst beeinflusst ebenfalls zunehmend die operative und strategische Arbeit. Dies erfordert z. B. eine strategische Vorausschau auf Trends und Technologien wie KI oder Blockchain in den Behörden. Umso wichtiger ist der Schulterschluss zwischen Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Wissenschaft sowie ein Kulturwandel zur Etablierung eines digitalen Mindsets und Verständnis für IT-Sicherheit als Grundlage für Digitalisierung. Die bayerische Regierung muss daher insbesondere in die Weiterbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden investieren und die Voraussetzungen für lebenslanges und informelles Lernen schaffen. Neben der Förderung digitaler Kompetenzen in den Sicherheitsbehörden ist auf struktureller Ebene eine stärkere länderübergreifende Koordination, einschließlich eines intensiveren Informationsaustausches, notwendig. Es ist daher zu begrüßen, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut und die Zusammenarbeit mit Ländern wie Bayern institutionalisiert werden soll. Kleinstaaterei im Kampf gegen international koordinierte und durchgeführte Cyberangriffe ist nicht länger tolerierbar.

15. IT-Fachkräfte nach Bayern holen

Bundesweit blieben 2022 insgesamt 137.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt. Das Personal der Zukunft muss sowohl mit inländischer als auch ausländischer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gesichert werden. Die Attraktivität Bayerns als Zuwanderungsland für IT-Fachkräfte muss weiter gesteigert werden: Neben der Absenkung der Anforderungen für qualifizierte Zuwanderung ist der Abbau formaler und bürokratischer Hürden dringend notwendig. Zu komplizierte Zuwanderungsverfahren konterkarieren ein effektives Standortmarketing. Insbesondere die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist mit Inkrafttreten des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes unabdingbar, um Prozesse zu beschleunigen. Die Schaffung der rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für ein digitales Antragsverfahren zur Anerkennung ausländischer Pflegeberufe ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, der auf alle Branchen ausgeweitet werden sollte. Mithilfe des Ausbaus von »byte – die Bayerische Agentur für Digitales« kann Bayern hier bundesweit als Vorbild für eine digitale Verwaltung vorangehen. Darüber hinaus sollte die »Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften« in Bayern ausgebaut werden und sich verstärkt um die Anwerbung von IT-Fachkräften kümmern. Nur durch eine aktive Ansprache der Fachkräfte und eine internationale Ausrichtung kann eine optimale Schnittstelle zwischen Staat, Unternehmen und Fachkraft geschaffen werden. Dies gilt ebenso für Unterstützungsmaßnahmen zur vereinfachten Integration, z. B. durch Sprachkurseangebote und Mentorenprogramme, die von der Verwaltung gesteuert werden. Dadurch werden Fachkräfte und kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) gleichermaßen unterstützt und es wird eine Willkommenskultur geschaffen.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Bitkom e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org

[bitkom.org](https://www.bitkom.org)

bitkom